

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1980 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der erwartete konjunkturelle Einbruch in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten rascher vollzogen, als noch zum Jahresanfang angenommen worden war.

Die Industrieproduktion und die industriellen Auftragseingänge gehen nun von Monat zu Monat zurück. Zur Jahresmitte lagen sie bereits unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Auch die Kapazitätsauslastung ist deutlich gesunken, ebenfalls unter den Wert vom Vorjahr. Betroffen sind bisher vor allem die Auto- und die Stahlindustrie, aber auch in der Bauwirtschaft ist die Belegung beendet.

Die neue zyklische Wirtschaftskrise hat also eingesetzt. Allerdings ist gegenwärtig noch nicht absehbar, ob sie das Ausmaß des Einbruchs von 1974/75 erreichen wird.

Die unmittelbare Ursache der konjunkturellen Abkühlung ist in der Entwicklung des privaten Verbrauchs zu suchen. Indikator dafür sind die Umsätze im Einzelhandel, die real schon im zweiten Halbjahr 1979 kaum noch gestiegen waren. Nach einer kurzen Belegung im Januar/Februar 1980 liegen sie nun sehr deutlich unter dem Vorjahr. Diese negative Entwicklung ist eine Folge der ungünstigen Tarifabschlüsse und der unzureichenden Anpassung der Sozialrenten.

Waren die Reallöhne – verstanden als Nettoarbeitsverdienst je Beschäftigten, bereinigt um die Inflationsrate – im zweiten Halbjahr 1979 immerhin noch geringfügig angestiegen, so errechnet sich für das erste Halbjahr 1980 nach vorläufigen Ziffern sogar ein leichter Rückgang um etwa ein Prozent.

Stabilisierend hat bis zuletzt noch der Export gewirkt. Allerdings deutet die Auftragsentwicklung nun darauf hin, daß auch hier kaum noch „Reserven“ liegen. Die Konjunktur aller wichtigen kapitalistischen Länder kühlt sich nun sehr deutlich ab, fortgeschritten ist die Krise in den USA, Kanada und Großbritannien. Aber auch in Frankreich und Italien scheint der Rückschlag eingetreten zu sein.

Japan, das dabei ist, sich seinen Platz als führende kapitalistische Industriemacht auf den Weltmärkten zu erkämpfen, folgt mit einer gewissen Zeitverzögerung. Im großen

und ganzen aber verläuft der konjunkturelle Einbruch international wieder synchron, das heißt die nationalen Wirtschaftskrisen verstärken sich wechselseitig.

Krisenfördernd wirkt auch die staatliche Wirtschaftspolitik. In den meisten kapitalistischen Ländern versuchen die Regierungen, die Inlandskonjunktur zu dämpfen und das inländische Kostenniveau zu senken, um ihren Platz auf den Weltmärkten zu verteidigen oder auszubauen. Dabei wird bewußt ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf genommen. Bis Mitte August sahen auch in der Bundesrepublik weder der Bundesfinanzminister noch die Bundesbank einen konjunkturpolitischen „Handlungsbedarf“ – hohe Zinsen und Ausgabeneinschränkungen bei öffentlichen Aufträgen (mit Ausnahme der Rüstung) beschleunigen bis jetzt den Weg in die Rezession.

Ein relativ stabiles Moment bilden die Unternehmensinvestitionen, obwohl der Auftragseingang in der Investitionsgüterindustrie sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland inzwischen ebenfalls rückläufig ist. In den meisten offiziellen Konjunkturprognosen wird aber erwartet, daß ein tiefer Investitionseinbruch dieses Mal ausbleibt. Dabei stützt man sich auf die Tatsache, daß im beendeten Aufschwung die Investitionen zur Erweiterung der Kapazitäten vergleichsweise wenig angestiegen waren. Im Vordergrund standen und stehen Rationalisierungsinvestitionen, die nicht unmittelbar von den Absatzmöglichkeiten abhängen.

Der konjunkturelle Rückgang hat sich sehr rasch auch auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Entgegen den saisonüblichen Bewegungen sind die Arbeitslosenzahlen im Sommer stark angestiegen, inzwischen liegen sie deutlich über den Vorjahreswerten. Die amtlichen Arbeitsmarktprognosen sind düster, für das kommende Jahr werden Arbeitslosenzahlen erwartet, die über dem bisherigen Höchststand von 1975 liegen. Die neue zyklische Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Weltwirtschaft und in der Bundesrepublik beginnt von einem „Sokkel“ sozialer Probleme aus, der weit höher liegt als in den letzten Jahrzehnten. Auch eine vergleichsweise milde Rezession wird daher soziale Auswirkungen haben, die einschneidender sein dürften als die bisher gekannten.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Die Krise in der Automobilindustrie
- 1.4 Die Entwicklung der Bauwirtschaft
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenhandel

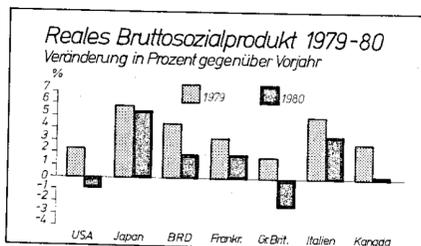
2 Unternehmergewinne und Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Tarifaktionen
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Die Konjunktur der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich 1980 deutlich abgekühlt: Laut OECD wird das Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen der großen entwickelten kapitalistischen Länder nach einer Zunahme um 3,5 Prozent 1979 nur um 1 Prozent steigen. Wie aus der Grafik hervorgeht, werden die Vereinigten Staaten und Großbritannien einen Rückgang um 1 bzw. 2,3 Prozent erleben, aber auch in fast allen übrigen Ländern wird es zu einer klaren Verlangsamung der Produktion kommen. Für das 1. Halbjahr 1981 wird ein „Nullwachstum“ vorausgesagt.



Diese ungünstige Wirtschaftsentwicklung ist auch auf den negativen Verlauf der Unternehmensinvestitionen zurückzuführen: 1980 werden in der Gesamtheit aller großen kapitalistischen Länder die Ausstattungsinvestitionen stagnieren, während die Wohnungsbauinvestitionen sogar abnehmen werden. Die Bruttokapitalbildung bei den Unternehmen, die zwischen 1980 und 1973 eine jährliche Zuwachsrate von 7 Prozent zu konstanten Preisen verzeichnet hatte, wird somit zwischen 1974 und 1980 auf ein „Nullwachstum“ zurückgehen.

Das Jahrzehnt 1971-1980 unterscheidet sich damit grundsätzlich von den sechziger Jahren: Damals stieg das Bruttosozialprodukt der OECD-Länder um 5,5 Prozent jährlich, und die Inflationsrate war mit 4,5 Prozent relativ begrenzt; in dem auslaufenden Jahrzehnt wird das Bruttosozialprodukt nur um 3 Prozent zugenommen haben, während die Inflationsrate auf fast 11 Prozent emporzuschellen wird. Die Arbeitslosigkeit, die 1970 in vielen entwickelten kapitalistischen Ländern fast abgebaut war, wird dieses Jahr die 20-Millionen-Grenze übersteigen.

Diese enttäuschende Entwicklung hat die aufgeschlossensten bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler veranlaßt, auf entscheidende Mängel des kapitalistischen Systems hinzuweisen, so schreibt u. a. der Nobelpreisträger Kenneth Arrow: „Unter zwei grundlegenden Aspekten erreicht das profitgesteuerte System nicht das Ziel der Leistungsfähigkeit. Ein Aspekt ist die wiederholte und kostspielige Unfähigkeit, die Vollbeschäftigung zu sichern, eine massive Art von Fehlallokation der Ressourcen. Der andere ist die Unvollkommenheit des Preissystems, dessen Mechanismus zu privatem Reichtum bei sozialem Elend führen kann“ (vgl. Kenneth Arrow, *The Limitations of the Profit Motive*, in „Challenge“, September-Oktober 1979, S. 24).

Angesichts dessen erscheinen die Rezepte, die von der OECD verordnet werden, zumindest naiv: „Wachstumsraten, die deutlich höher als die in der 1. Hälfte der achtziger Jahre erreichbaren liegen werden, sind nur unter der Voraussetzung durchzuhalten, daß die Lohn- und anderen Einkommensansprüche real dem gegenwärtig sehr schwachen Produktivitätsfortschritt und der ungünstigen Entwicklung der Austauschverhältnisse angepaßt werden können.“ (Vgl. Sylvia Ostry, Leiterin der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik der OECD, *L'économie mondiale dans les années 1970 et 1980*, in „L'Observateur de l'OECD“, März 1980, S. 15.)

Die Industrieproduktion zeigt ausgeprägter als das BSP die derzeitige Konjunkturverschlechterung in fast allen großen kapitalistischen Ländern an: Im 2. Vierteljahr ist sie in den USA und Großbritannien um 4 bzw. 6 Prozent gegenüber demselben Zeitraum 1979 geschrumpft. Nur in Japan und in Italien ist ihre Entwicklung noch recht dynamisch,

auch wenn der ungünstige Auftragseingang in Japan und der Übergang zu einer stark restriktiven Wirtschaftspolitik in Italien vermuten lassen, daß auch in diesen beiden Ländern bald eine Stagnationstendenz auftreten wird.

Veränderung der Industrieproduktion 1978-1980 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Land	1978	1979 ¹			1980 ²	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
USA	5,7	4,2	2,9	1,0	-0,1	-4,0
Japan	6,1	8,2	8,5	9,0	11,5	10,0
BRD	2,2	5,3	5,3	4,3	6,0	2,0
Frankreich	2,7	4,4	7,1	2,6	3,5	2,0
Großbritannien	2,8	3,6	2,7	3,6	-0,9	-6,0
Italien	2,0	6,8	5,9	7,5	9,7	10,0
Kanada	5,8	4,0	4,2	1,6	0,3	-1,0

¹ Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Die Arbeitslosigkeit ist im 2. Quartal dieses Jahres abrupt gestiegen. Wie aus der Tabelle hervorgeht, liegt die Zahl der Arbeitslosen um knapp 2 Millionen höher als im Krisenjahr 1975. Die in den USA fortschreitende Rezession hat zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um fast 1,5 Millionen geführt, so daß knapp 8 Prozent der Arbeitskräfte dort ohne Beschäftigung sind. In Großbritannien hat die Arbeitslosigkeit ihren historischen Höhepunkt in den letzten 35 Jahren erreicht.

Arbeitslosigkeit 1975, 1979-1980 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

Land	1975	1979 ¹			1980 ²	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
USA	7830	5963	6008	6084	6390	7800
Japan	2000	2340	2420	2360	2060	2300
BRD	1074	876	871	816	800	850
Frankreich	840	1350	1377	1352	1395	1450
Großbritannien	929	1307	1267	1287	1378	1500
Italien	1300	1698	1785	1636	1757	1700
Kanada	690	838	801	827	853	900
Zusammen	14663	14372	14528	14362	14633	16500

¹ Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

1980 hat sich die Inflation erheblich beschleunigt: In Großbritannien und Italien hat die Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten die 20-Prozent-Marke überstiegen. Obwohl die Rückkehr der konservativen Regierung die britische Wirtschaft in eine Krise mit starken Produktionseinbußen und einem Emporschnellen der Arbeitslosigkeit gestürzt hat, weist die Inflation, die 1978 eine deutliche Abschwächung gezeigt hatte, wieder ein gefährliches Tempo auf. In den USA nehmen die Preise trotz der Rezession kontinuierlich zu; fast pathetisch wirkt in dieser Situation die Aussage des ehemaligen Wirtschaftsberaters der US-Regierung, Walter Heller, Anfang 1979: „Wird sich das Anti-Inflationsprogramm Präsident Carters über die Flut von Skepsis, Angriffen

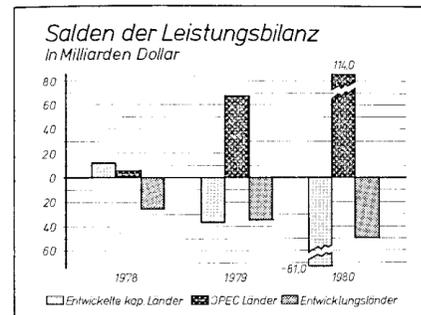
Veränderung der Lebenshaltungskosten 1978-1980 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Land	1978	1979			1980	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
USA	7,6	11,4	12,0	12,9	14,3	14,5
Japan	4,2	3,7	3,5	5,0	7,3	8,5
BRD	2,7	4,1	4,9	5,5	5,5	6,0
Frankreich	9,1	10,7	10,8	11,5	13,3	14,0
Großbritannien	9,0	13,3	16,0	17,2	19,5	21,5
Italien	12,4	15,7	15,7	18,9	21,4	21,5
Kanada	9,0	9,2	8,7	9,4	9,4	9,5

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

und Hohn hinwegsetzen können? Meiner Ansicht nach ja. Warum? Im Grund deshalb, weil das Weiße Haus zwar etwas spät, aber doch recht vehement eine realistische Mischung von Anti-Inflationswaffen zum Einsatz gebracht hat.“ (Walter Heller, *Die Ausgewogenheit sichert Carters Plänen zur Kontrolle der Inflation den Erfolg*, in „Handelsblatt“, 5. 1. 1979, S. 8.)

Infolge der Rohölpreiserhöhung hat sich 1979 die Leistungsbilanz der entwickelten kapitalistischen Länder deutlich verschlechtert: Von einem Überschuß von 10,5 Milliarden Dollar im Jahre 1978 ist sie in einen Fehlbetrag von 37,5 Milliarden umgeschlagen. Für dieses Jahr rechnet die OECD mit einer Verdoppelung des Passivsalvos der Bilanz der laufenden Rechnung der entwickelten kapitalistischen Länder; aufs Jahr umgerechnet, sollte sich das Defizit jedoch im 1. Halbjahr 1981 auf etwa 45 Milliarden verringern. Die Konsumersparungen an Erdöl wirken sich allerdings schon jetzt direkt und indirekt durch den damit verbundenen Druck auf die Preise auf die Einfuhrseite der Leistungsbilanz der entwickelten kapitalistischen Länder aus, so daß die Schätzungen der OECD sich als übertrieben erweisen könnten.



Die Entwicklung am Währungsmarkt hat wieder die Unhaltbarkeit der Behauptungen der bürgerlichen Kommentatoren bewiesen: Im Frühjahr wurde die bundesdeutsche Presse mit Aufsätzen, Artikeln und Interviews über den starken Dollar und die schwache DM überschwemmt. Ein Beispiel sollte genügen: In einem Interview mit Winfried Guth, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, dozierte der Spiegel: „Immerhin, die Mark ist keine Aufwertungswährung mehr, seit Anfang des Jahres wurde sie gegenüber dem Dollar um fast 5 Prozent abgewertet.“ („Der Spiegel“, 10. März 1980, S. 7).

Im Sommer ist der Dollar wieder unter Druck geraten: Mitte August ist der Wechselkurs des Dollar gegenüber der DM und dem Schweizer Franken erneut auf das niedrige Niveau von Ende des Vorjahres gesunken und ist gegenüber dem Yen und dem Pfund Sterling um mehr als 5 Prozent abgewertet.

1.2 Produktion

Die industrielle Produktion ist in den letzten Monaten – in saisonbereinigter Betrachtung – stark zurückgegangen. Im Juni lag sie um etwa 5 Prozent unter dem Stand vom März. Der Rückgang betraf alle Sektoren des produzierenden Gewerbes, war aber besonders ausgeprägt in der Bauwirtschaft.

Der erwartete konjunkturelle Rückgang hat sich damit rascher vollzogen, als ursprünglich erwartet worden war.

Den Vorreiter hat dabei wieder – wie 1973 – die **Automobilindustrie** gemacht, die Produktion von Kfz lag im ersten Halbjahr schon um 8 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

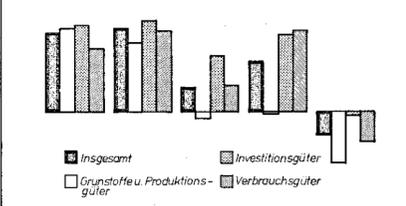
	Febr.	März	April	Mal	Juni
Insgesamt	+6,7	+6,8	+2,0	+3,4	-1,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+7,0	+5,7	-1,0	-0,8	-4,2
Investitionsgüter	+7,2	+7,4	+4,7	+5,7	-0,3
Verbrauchsgüter	+5,5	+6,3	+2,3	+3,8	-2,5

¹ 1980 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/80, S. 65¹)

Nettoindustrieproduktion 1980

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

FEB · MÄR · APR · MAI · JUN



Deutliche Krisenzeichen prägen auch schon wieder die **eisenschaffende Industrie**. Zwar lag die Produktion von Stahl im Durchschnitt der ersten 7 Monate von 1980 noch auf Vorjahreshöhe, in den letzten Monaten aber wurde der Vorjahresstand wieder unterschritten. Die in der „Eurofer“ kartellähnlich zusammengeschlossenen europäischen Stahlproduzenten haben für das zweite Halbjahr 1980 eine elfprozentige Produktionskürzung beschlossen. Nach kurzer Unterbrechung setzt sich die seit 1975 andauernde „Stahlkrise“ fort.

Die **Bauwirtschaft** als konjunkturell immer noch sehr wichtiger Bereich gerät inzwischen ebenfalls in die Krise. Der Rückgang der Bauaufträge, der schon im letzten Jahr zu beobachten war, wirkt sich nun auch in der Produktion aus. Die Auslastung der Gerätekapazitäten ist unter den Vorjahresstand gesunken.

Eine deutliche Abschwächung zeigt sich auch in der **chemischen Industrie**, die am Jahresanfang noch kräftig expandiert hatte. Seit April/Mai sind aber auch hier die Produktionsziffern unter den Vorjahresstand gefallen, lediglich die nominalen Umsätze liegen infolge kräftiger Preiserhöhungen noch darüber.

Der **Maschinenbau** hat bis zuletzt noch von der vergleichsweise günstigen Investitionskonjunktur profitiert. Doch auch hier deuten die rückläufigen Auftragsziffern auf eine unmittelbar bevorstehende Abschwächung hin.

In der **Elektroindustrie** ist die Konjunktur noch immer „gespalten“. Bei rückläufigen Aufträgen und sinkender Produktion drücken die Lagerbestände im Gebrauchsgüterbereich stark auf die Beschäftigung. Dagegen ist die Situation im Investitionsgüterbereich der Elektroindustrie noch vergleichsweise günstig, auch im Vergleich zum Maschinenbau. Von der Rationalisierung profitieren die relativ „neuen“ Bereiche der Elektrotechnik offensichtlich stärker als die „traditionellen“ Produzenten von Ausrüstungen im Maschinenbau.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** sehen den kommenden Monaten mit Pessimismus entgegen. Bei sinkenden Aufträgen und Produktion nehmen auch hier die Lagerbestände zu. Insgesamt ist festzustellen, daß die Krise am weitesten in den verbrauchsnahe Bereichen, bei langlebigen Konsumgütern, fortgeschritten ist. Die Schwäche des privaten Verbrauchs hat sich dort deutlich in Form von Auftragsrückgängen und sinkenden Produktionsziffern ausgewirkt.

Allerdings verstärken sich auch in den Investitionsgüterbereichen die Krisenzeichen. Die Hoffnung der „offiziellen“ Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik, daß die günstige Gewinnsituation einen „autonomen“, von der Konsumnachfrage relativ unabhängigen Investitionsboom in Gang bringen würde, bestätigt sich nicht.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Produzierendes						
Gewerbe insgesamt	+ 7,2	+ 6,6	+ 7,0	+ 2,1	+ 4,3	- 1,9
Eisenschaffende						
Industrie	+16,4	- 1,1	- 0,6	- 1,3	- 2,5	- 3,3
Chemische Industrie	+ 5,5	+ 4,1	+ 4,4	- 2,7	- 1,2	- 5,9
Maschinenbau	+ 9,9	+12,0	+ 7,2	+ 5,1	+ 8,0	+ 1,6
Straßenfahrzeugbau	+ 1,7	- 0,8	- 1,5	- 0,5	- 1,4	- 5,5
Elektrotechnik	+ 1,3	+ 7,8	+14,1	+ 8,0	+ 9,2	+ 2,5
EDV-Geräte	- 0,7	+17,1	+14,5	- 1,1	+ 7,3	+ 0,6
Textilgewerbe	+ 7,4	+ 6,8	+ 8,6	+ 6,1	+ 3,9	- 4,1
Bekleidungs-gewerbe	- 2,9	- 2,1	+ 0,2	- 5,9	- 0,2	- 4,9
Bauhauptgewerbe	+29,5	+25,6	+16,4	+ 1,9	+ 3,5	- 7,2

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 7/80)

Ähnlich wie die Industrieproduktion sinken auch die industriellen Auftragsgänge ab. Der Vorjahresstand wurde hier schon im Mai deutlich unterschritten.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitions-güter		Verbrauchs-güter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	+14,9	+7,6	+19,0	+ 7,0	+11,4	+7,1	+18,9	+10,7
Febr.	+17,4	+9,7	+28,1	+15,0	+11,1	+6,4	+20,6	+12,1
März	+ 9,9	+2,6	+11,9	+ 1,0	+ 8,8	+4,0	+ 9,8	+ 1,8
April	+ 6,8	0,0	+14,2	+ 4,0	+ 2,5	- 2,3	+ 7,7	+ 0,3
Mai	- 0,4	- 6,7	+ 0,2	- 8,0	+ 0,2	- 4,6	- 2,9	- 9,4
Juni ²	+ 0,5	- 5,5	+ 0,8	- 4,3	- 1,8	- 6,6	+ 1,3	- 4,9

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd)

Die Auftragsentwicklung wurde bisher gestützt durch Auslandsaufträge. Vor allem die sich abzeichnende Auftragsabschwächung bei den Investitionsgütern wird durch die relativ günstige Entwicklung des Exports noch überdeckt. Die Inlandsaufträge machen aber sichtbar, daß auch die Investitionsentwicklung unter dem Druck sinkender Kapazitätsauslastung und rückläufiger Gesamtnachfrage steht.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitions-güter		Verbrauchs-güter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	+13,3	+19,3	+ 8,0	+18,2				
Febr.	+15,0	+24,5	+ 8,2	+19,4				
März	+ 9,1	+11,5	+ 7,6	+ 9,5				
April	+ 6,6	+11,3	+ 3,5	+ 7,1				
Mai	- 3,1	+ 0,5	- 5,4	- 3,2				
Juni ²	+ 0,8	+ 3,7	- 1,1	+ 0,9				

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht)

Im letzten Monat gab es allerdings auch bei den Auslandsaufträgen einen Einbruch.

Saisonbereinigt lagen die Aufträge im Zweimonatszeitraum Mai/Juni um real 4 Prozent niedriger als im März/April, eine Entwicklung, die sogar das notorisch optimistische Bundeswirtschaftsministerium zu dem Eingeständnis veranlaßt hat, der erwartete „Konjunkturknick“ sei jetzt da.

Diese Erkenntnis bleibt wirtschaftspolitisch aber vorerst ohne jede Konsequenzen: Die Bundesbank lehnt bis jetzt – Mitte August – eine Lockerung ihrer krisenfördernden Hochzinspolitik ab. Und Bundesfinanzminister Matthöfer wendet sich gegen das von den Gewerkschaften geforderte Konjunkturankurbelungsprogramm. Angeblich aus Angst vor einer zu hohen Staatsverschuldung wird bis jetzt auf eine antizyklische Gestaltung der Staatsausgaben verzichtet. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, daß durch eine solche „Konsolidierungspolitik“ angesichts einer Wirtschaftskrise in der Regel genau das bewirkt wird, was vermieden werden sollte: krisenbedingte Einnahmeausfälle und zusätzliche Ausgaben (z. B. für Arbeitslosenunterstützung) lassen die Staatsverschuldung weit stärker emporschnellen, als es bei einem rechtzeitigen konjunkturpolitischen Gegensteuern der Fall gewesen wäre.

1.3 Die Krise in der Automobilindustrie

Schon in der zweiten Jahreshälfte 1979 war deutlich geworden, daß der seit Mitte 1975 anhaltende Autoboom bald sein Ende finden würde. Inzwischen ist der erwartete Produktions- und Absatzeinbruch erfolgt. Vor allem die Pkw-Produktion ist betroffen. Im ersten Halbjahr 1980 wurden in der BRD etwa 12 Prozent weniger Pkw neu zugelassen als in der gleichen Vorjahreszeit. Im Mai wurden 70 000 oder 20 Prozent weniger Pkw produziert als im Mai 1979. Bei vielen großen Automobilkonzernen wird kurzgearbeitet, wie 1974 versuchten die Firmen, durch „freiwillige“ Abfindungsverträge massiv Arbeitsplätze abzubauen.

Wie auch 1973/74 wird vielfach versucht, die Krise in der Automobilindustrie als „Strukturkrise“ hinzustellen, als Folge eines wesentlich von außen verursachten Zwangs zur Anpassung an neue weltwirtschaftliche Gegebenheiten („Japaner“, „Ölkrise“).

Ein Blick auf die Entwicklung seit 1970 macht aber deutlich, daß die etwas früher als die zyklische Krise der Gesamtwirtschaft einsetzende Autokrise in erster Linie eine konjunkturelle Erscheinung ist. Die Automobilindustrie ist inzwischen ein konjunkturell stark reagibler Industriezweig geworden.

Straßenfahrzeugbau¹

	1970	1971	1972	1973	1974
Produktion	3129	3290	3166	3360	2576
Dichte ²	230	247	260	275	280
Importquote ³	16,7	18,7	19,5	19,5	18,9
Exportquote ³	42,7	43,6	45,6	47,7	52,6

	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Produktion	2690	3309	3572	3638	3668	1391 ⁴
Dichte ²	289	308	326	346	367	
Importquote ³	22,0	22,5	21,2	21,6	21,0	
Exportquote ³	49,7	49,6	46,3	44,3	45,0	

¹ Pkw und Kleinomnibusse, in 1000
² Pkw je 1000 Einwohner
³ Gesamter Straßenfahrzeugbau
⁴ 1. Halbjahr 1980
(Quelle: Ifo-Branchenservice; Wirtschaft und Statistik, Ifd)

Die starke konjunkturelle Abhängigkeit der Pkw-Produktion gilt im übrigen für alle „traditionellen“ Automobiländer, nur Japan als „neuer“ Produzent macht eine gewisse Ausnahme.

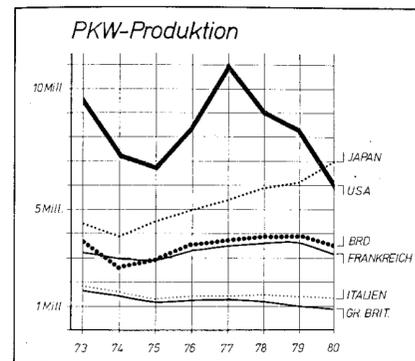
Das hängt vor allem mit der gewachsenen Ausstattung der Haushalte mit Pkw zusammen. In wachsendem Ausmaß besteht der Absatz von Pkw in Ersatzbeschaffungen. Der Zeitpunkt des Ersatzes aber hängt nicht nur vom Alter des Pkw, sondern in hohem Maße auch von der finanziellen Lage, den Zukunftserwartungen, der Existenzsicherheit der

Pkw-Produktion¹

	1973	1974	1975	1976
USA	9669	7332	6708	8496
Japan	4476	3936	4572	5028
Frankreich	3204	3048	2952	3384
Italien	1824	1632	1344	1476
Großbritannien	1752	1536	1272	1332

	1977	1978	1979	1980 ²
USA	11040	9168	8316	6000
Japan	5424	5976	6180	7000
Frankreich	3564	3624	3732	3200
Italien	1452	1512	1476	1300
Großbritannien	1320	1224	1068	950

¹ In 1000 Stück
² Eigene Schätzung aufgrund aktueller Tendenzen
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Internationale Monatszahlen, Mai 1980; OECD, Main economic indicators, August 1980)



Käufer ab. In Perioden, in denen die Unsicherheit zunimmt – wie es bei sich abzeichnender konjunktureller Abschwächung der Fall ist – „dürfen“ viele Haushalte dazu neigen, eventuell geplante Neuanschaffungen aufzuschieben. Dadurch kommt es im Zeitablauf zu einem aufgestauten Nachholbedarf.

Außerdem wird die Anschaffung von Pkw oft durch Konsumentenkredite finanziert, die sich im Zuge der vor der Krise ansteigenden Zinsen stark verteuern. Schließlich wirkt auch die Preispolitik der stark monopolisierten Automobilindustrie – 5 Konzerne bestreiten in der BRD die gesamte Inlandsproduktion – krisenfördernd. Bei Absatzeinbrüchen wird zum Ausgleich der damit verbundenen Gewinneinbußen der Preis hochgesetzt.

Pkw-Preisindex

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
	Pkw	Lebenshaltung
1973	+ 3,9	+ 6,9
1974	+ 7,5	+ 7,0
1975	+ 8,4	+ 6,0
1976	+ 4,3	+ 4,5
1977	+ 3,6	+ 3,7
1978	+ 4,2	+ 2,7
1979	+ 3,9	+ 4,2
1980 ¹	+ 5,3	+ 6,0

¹ Juni
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7, Juni 1980)

Es handelt sich bei den Automobilkrisen der 70er Jahre also nicht um besondere Strukturprobleme des Pkw, sondern in erster Linie um die besonders hohe Konjunkturrempfindlichkeit dieser Branche. Allerdings spielen auch strukturelle Veränderungen auf den Weltmärkten eine

gewisse Rolle, sie sind jedoch keineswegs die Ursache des gegenwärtigen Produktionseinbruchs.

Wie 1973/74 werden auch heute wieder die „Ölscheichs“ für die Autokrise mitverantwortlich gemacht. Ganz davon abgesehen, daß die Benzinpreise vor allem von den Ölkonzernen hochgetrieben worden sind – vgl. „Informationen“ Nr. 1/1980 – spielt das vermutete „Umsteigen“ der Verbraucher auf benzinsparende kleine Modelle nur eine untergeordnete Rolle.

Im ersten Halbjahr 1980 sind die Neuzulassungen am stärksten – um 36,9 Prozent – in der kleinsten Hubraumklasse bis 1,2 Liter zurückgegangen. Getroffen durch die Krise wurden vor allem Opel und Ford, aber auch VW mußte rückläufige Absatzzahlen registrieren. Kaum berührt wurden Daimler-Benz und BMW, die Produzenten der großen, benzinfressenden Wagen der Oberklasse. Es ist ganz offensichtlich, daß hier vor allem „klassenspezifische“ Faktoren eine Rolle spielen. Die Käufer von Wagen der kleinen und mittleren Klasse, also die unteren und mittleren Einkommenschichten, müssen sich gezwungenermaßen mit Neuanschaffungen zurückhalten, während für die meisten Fahrer von Mercedes und BMW die Benzinpreise kaum eine Rolle spielen dürften. Innerhalb des Bereichs der Mittelklassewagen mag es zu Verschiebungen in Richtung auf etwas kleinere Modelle kommen – wesentlich ist aber die Tatsache, daß die Neuanschaffungen von Pkw verstärkt aufgeschoben werden, nicht der Übergang zu kleineren Modellen.

Weit wichtiger als die „Ölscheichs“ sind in der offiziellen Propaganda inzwischen die „Japaner“ geworden. Sie würden – begünstigt durch japanischen Fleiß und niedrige Löhne – die internationalen Märkte mit ihren Wagen überschwemmen und die inländischen Produzenten verdrängen. Teilweise wird bereits nach Importbeschränkungen für japanische Pkw gerufen.

Zunächst einmal muß hervorgehoben werden, daß die japanische Automobilindustrie gegenwärtig lediglich das nachholt, was die „alten“ Automobilproduzenten längst erreicht haben. Die Exportquote der japanischen Pkw lag 1979 bei 47,4 Prozent, also noch niedriger als die der BRD-Autokonzerne mit 50,8 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die westdeutschen Autokonzerne inzwischen ein Viertel ihrer Produktion im Ausland erzeugen. Wenn heute die BRD-Konzerne behaupten, die japanische Exportstrategie würde die Schwierigkeiten verursachen, dann vergessen sie, daß sie selbst bereits seit Jahren eine gezielte und bisher noch weit wirksamere internationale Expansionsstrategie verfolgen. Zum anderen wird die quantitative Bedeutung der japanischen Exporte meist weit übertrieben. Tatsächlich stieg der Anteil der „Japaner“ an den inländischen Pkw-Neuzulassungen im ersten Halbjahr 1980 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 4,9 auf 9 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der übrigen ausländischen Marken jedoch, so daß die Pkw-Importquote nur von 24,0 auf 26,6 Prozent anstieg. Die „Japaner“ verkauften im ersten Halbjahr 1980 in der Bundesrepublik knapp 50 000 Pkw mehr als im ersten Halbjahr 1979. Die inländische Produktion sank im gleichen Zeitraum aber um etwa 190 000 Stück. Außerdem hat die japanische Regierung in den letzten Jahren die verschiedenen Importbeschränkungen für ausländische Pkw abgebaut, immerhin wurden 1979 etwa 32 000 westdeutsche Pkw nach Japan exportiert.

Tatsächlich gelingt es den japanischen Konzernen gegenwärtig, ihre innere Autokrise – auch in Japan sinken die inländischen Absatzziffern – durch verstärkten Export weitgehend zu kompensieren. Sie erkämpft sich damit aber nur einen Platz auf den Weltmärkten, der bisher von den Konzernen der „traditionellen“ kapitalistischen Automobiländer besetzt gehalten worden war. Die Verschiebung im Kräftefeld der kapitalistischen Konzerne wirkt in einer Periode sich krisenhaft verengender Absatzmärkte verschärfend, nicht verursachend. Es kann jedoch nicht Angelegenheit der Arbeiterklasse sein, die Konkurrenzkämpfe der kapitalistischen Monopole auf ihrem Rücken austragen zu lassen. Selbst wenn eine – praktisch undenkbare – Anpassung der westdeutschen Lohn- und Arbeitsbedingungen an „japanische“ Verhältnisse den westdeutschen Konzernen zeitweilig einen gewissen internationalen Konkurrenzvorsprung sichern würde, wäre das in den übrigen Konkurrenzländern nur ein Signal, um ihrerseits den Druck auf die Arbeiterklasse zu verstärken. Das Resultat dieses „Wettkampfes“ auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten wären insgesamt weiter eingeeengte Absatzmärkte. Es sollte nicht vergessen werden, daß „japanische“ Löhne in der Bundesrepublik für viele Arbeiter und

Angestellte die Anschaffung eines westdeutschen Pkw unerschwinglich machen würden.

Schlaglichtartig eröffnen sich in dieser von der Bundesregierung nach Kräften geförderten Diskussion über die „Japaner“ die Konsequenzen der gesamten, einseitig auf den Export ausgerichteten wirtschaftspolitischen Strategie von Bundesregierung und Unternehmern: Sinkende Lohnkosten und höhere „Arbeitsdisziplin“ mögen in der Lage sein, zeitweilig die internationale Position der Bundesrepublik zu festigen und die Unternehmergewinne auf einem international hohen Niveau zu halten. Angesichts insgesamt kaum noch expandierender Weltmärkte ist dort aber für den dadurch geschwächten Inlandsmarkt kaum ausreichender Ersatz zu finden. In der Folge sinkt das Wachstum und steigt die Arbeitslosigkeit – bei weiterhin hohen Unternehmergewinnen.

1.4 Die Entwicklung der Bauwirtschaft

In den letzten Monaten sind auch in der Produktion der Bauwirtschaft erste Abschwächungserscheinungen sichtbar geworden. Das öffentliche Programm „Zukunftsinvestitionen“ hat die Baukonjunktur bis jetzt gestützt. Doch nun ist der Höhepunkt überschritten, Auftragsbestand und Bauproduktion zeigen bei hohem Niveau nur noch geringe Zuwächse bzw. sind – saisonbereinigt – schon rückläufig.

Da die Bauwirtschaft durch eine Vielzahl von Verflechtungen mit der gesamten Wirtschaft verbunden ist, sie die baulichen Voraussetzungen für die anderen Zweige der Volkswirtschaft bereitstellt und somit die Inlandsnachfrage in bezug auf das „Investitionsklima“ anzeigt, läßt die Entwicklung der Bauwirtschaft Rückschlüsse auf die Gesamtkonjunktur zu. Die Bauwirtschaft unterliegt zwar ebenso wie alle anderen Zweige der Wirtschaft den allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals, ist aber auch ein „Indikator“ für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Beim Vergleich der Produktion im Produzierenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe zeigt sich, daß in der Krise 1974/75 die Bauwirtschaft frühzeitig Zeichen für eine Abschwächung des Konjunkturverlaufs aufwies.

Produktion im Produzierenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Bauhauptgewerbe
1973	+ 6,2	+ 1,2
1974	- 2,0	- 6,7
1975	- 6,2	- 11,2
1976	+ 6,9	+ 3,0
1977	+ 2,7	0,0
1978	+ 2,6	+ 7,7
1979	+ 5,4	+ 6,6
1. Vj. 1980	+ 6,9	+ 23,8
2. Vj. 1980	+ 1,5	- 0,7

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Der Vergleich zeigt auch, daß die Zuwachsraten bei der Bauwirtschaft in der Tendenz geringer sind als in der übrigen Volkswirtschaft. So sank der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in der Bundesrepublik von 8,1 Prozent im Jahre 1970 auf 7,2 Prozent im Jahre 1978. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen, da damit zu rechnen ist, daß die in der Industrie durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen zu einem geringeren Raumbedarf führen.

Bezüglich der aktuellen konjunkturellen Entwicklung läßt sich feststellen, daß der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe sich nach anfänglicher Belebung seit März/April wieder abschwächt. Im Vergleich zu den Werten des Vorjahres stagniert der Wohnungsbau, während der gewerbliche und der öffentliche Hochbau bereits rückläufige Tendenzen haben, die nur durch ein hohes Auftragsniveau des Tiefbaus in der Gesamttendenz noch ausgeglichen werden. Ursache für diese Entwicklung ist zum einen das jetzt langsam auslaufende Konjunkturprogramm und zum anderen die Abschwächung der Baukonjunktur.

Ein Resultat der jetzt auslaufenden Baukonjunktur ist das stark gestiegene Baupreisniveau.

Baupreise¹

	Wohnbau	Gewerbliche Gebäude	Straßenbau	Baulandpreise	Lebenshaltung
1970	100	100	100	100	100
1973	126,4	123,2	112,8	126,0	118,8
1975	137,3	134,1	126,5	138,8	134,7
1976	141,9	139,5	128,3	158,1	140,4
1977	148,7	146,6	131,4	173,2	145,6
1978	157,4	155,4	139,5	184,2	149,5
1979	170,5	168,0	153,9	208,5	155,7

¹ Index 1970 = 100
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

Vor allem in den letzten Jahren sind die Baupreise stark überdurchschnittlich gestiegen. Die Erklärung dieser Preissteigerungen wird von der bürgerlichen Konjunkturforschung in verfehlter Intervention des Staates, in steigenden Hypothekenzinsen und steigenden Bodenpreisen, im wesentlichen aber in der Entwicklung der Lohnkosten gesehen.

Die gestiegenen Hypothekenzinsen sind für einen Teil der privaten Bauherren eine die Nachfrage einschränkende Belastung, dieses Argument kann aber nicht in gleicher Weise für die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft, der im Immobilienbereich stark engagierten Versicherungsgesellschaften und des Staates gesehen werden. Die Abflachung der Nachfrage gerade im gewerblichen und öffentlichen Hochbau läßt sich durch die Zinsentwicklung also kaum erklären.

Richtig ist, daß der Anstieg der Bodenpreise in der Hauptsache durch Spekulanten hervorgerufen wird, die das ohnehin knappe Bauland rigoros zu ihrer eigenen Bereicherung ausnutzen. Was die angebliche Hauptursache der Preisentwicklung angeht, nämlich die knappen Arbeitskräfte und die Lohnkosten, zeigt sich, daß zwischen 1970 und 1979 die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe um 340 000 reduziert wurde. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sank im gleichen Zeitraum um ca. 34 Prozent. Während der Umsatz zwischen 1970 und 1979 um ca. 60 Prozent stieg, betrug der Zuwachs der Lohn- und Gehaltssumme 48 Prozent. Die „Lohnkosten“ sind also gesunken.

Umsatz und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

	Umsatz ¹	geleistete Arbeitsstunden ²	Beschäftigte ³
1970	57 578	2606	1567
1973	81 078	2435	1546
1974	78 794	2139	1387
1975	75 370	1890	1242
1976	78 398	1844	1222
1977	86 128	1722	1168
1978	77 984	1687	1190
1979	92 080	1724	1240

¹ In Mill. DM
² In 1000 Stunden
³ In 1000
(Quelle: Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, 1979, S. 15)

Wir können feststellen, daß die herkömmlichen, von den Unternehmern vorgebrachten Begründungen für die Entwicklung des Baugewerbes und den enormen Preisanstieg – Hypothekenzins, Bodenpreise und Arbeitslöhne – nicht stichhaltig sind.

Bei genauer Betrachtung können die Ursachen vor allem in den Produktionsbedingungen der Bauwirtschaft selbst gefunden werden. Zunächst ist die Entwicklung von Beschäftigtenzahlen und Gerätebestand von Bedeutung. Hier bestehen für die 70er Jahre folgende Entwicklungstendenzen:

- Die Beschäftigtenzahlen nehmen kontinuierlich ab (Ausnahme 1970/71 und 1978); eine besonders große Abnahme erfolgte in den Krisenjahren 1974/75.
- Der Gerätebestand nimmt absolut betrachtet leicht zu.

Bezogen auf die Anzahl der Arbeitskräfte nimmt das Verhältnis zwischen maschineller Ausrüstung und Arbeitskraft stark zu. Dies bedeutet, daß Arbeitskräfte in zunehmendem Maße durch Maschinen ersetzt werden. Hinzu kommt noch, daß sich im Baugewerbe, durch den schnellen Verschleiß der Geräte begünstigt, technologische Weiterentwicklungen relativ schnell durchsetzen können.

Daher ist es möglich, daß ein höheres Produktionsvolumen trotz stark gesunkener Arbeitskräftezahl und relativ geringer Investitionsquoten erreicht wird.

Diese Entwicklung führt zu einer rapiden Zunahme des Umsatzes je Beschäftigten und auch des Umsatzes je Arbeitsstunde. Der Umsatz je Arbeitsstunde betrug 1970 22,10 DM und 1978 46,09 DM. Dies bedeutet, daß der Anteil der Lohnkosten im Verhältnis sinkt. Da die Kostenentwicklung für maschinelle Anlagen höchstens durchschnittliche Zunahmen verzeichnet und zudem von einer höheren technischen Effizienz ausgegangen werden kann, dürften sich die Verwertungsbedingungen in der Bauwirtschaft eher verbessert haben.

Die Investitionen entwickelten sich im Bauhauptgewerbe zyklisch. Jeweils vor dem Beginn einer Krise sind hohe Investitionsquoten zu verzeichnen.

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe¹

	1971	1972	1973	1974	
Mill. DM	4270	4540	3930	2510	
in % gegen Vorjahr	+ 12	+ 6	- 13	- 36	
	1975	1976	1977	1978	1979
Mill. DM	2770	2930	3170	3930	4910
in % gegen Vorjahr	+ 10	+ 6	+ 8	+ 24	+ 25

¹ In jeweiligen Preisen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst Nr. 16/80)

Insgesamt scheint sich beim Investitionsverhalten eine Tendenz zur Abnahme durchzusetzen. Der Umfang der Investitionen vor der Krise 1974/75 wurde erst am Ende der 70er Jahre wieder erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Preiserhöhungen für Baumaschinen in diesem Zeitraum ca. 50 Prozent betragen. Daraus läßt sich schließen, daß die Effektivität dieser Investitionen zugenommen hat. Die Aufwendungen für den Ersatz und die Erweiterung des fixen Kapitals sind gesunken, und gleichzeitig wird eine Produktivitätssteigerung erreicht. Dies deutet auf eine Erhöhung der Effektivität des Kapitalfonds hin. Wenn man davon ausgeht, daß Anfang der 70er Jahre ein „Investitionsschub“ zum Aufbau von Überkapazitäten führte, die sicherlich die „Baukrise“ der Jahre 1974/75 maßgeblich verursacht haben, dann wird der Investitionsschub der Jahre 1979/80 ähnliche Auswirkungen haben und zu einer höheren Anfälligkeit für Krisenmomente führen.

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe wird aber auch von der Konkurrenzsituation in der Branche bestimmt. Im Bauhauptgewerbe herrschen Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten vor. Die Konzentration zeigt sich weniger in der Zunahme der Beschäftigtenzahlen, sondern durch Erhöhung des Umsatzes. Umsatzstarke Unternehmen können ihren Umsatz ohne eine Vergrößerung der Anzahl von Beschäftigten schneller steigern als umsatzschwächere Betriebe.

Bruttoproduktionswert nach Größenklassen in der Bauwirtschaft

Umsatz	Unternehmen	Bruttoproduktionswert je Beschäftigten in DM
Unter 1 Mill.	737	40 618
1- 2 Mill.	3832	53 231
2- 5 Mill.	4570	65 006
5- 10 Mill.	1694	78 270
10- 25 Mill.	745	84 245
25- 50 Mill.	209	93 888
50-100 Mill.	75	105 704
Über 100 Mill.	50	106 660
Insgesamt	11 911	78 932

(Quelle: Kostenstruktur der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, Wiesbaden 1977, S. 24)

Die Arbeitsproduktivität liegt bei den großen Unternehmen mit mehr als 50 Millionen DM Jahresumsatz also um mehr als doppelt so hoch wie in den zahlreichen kleinen und mittleren Betrieben. Aus der spezifischen Konkurrenzsituation im Bauhauptgewerbe folgt, daß die Unternehmen sich zu immer neuen Investitionen und Perso-

nalabbau gezwungen sehen. Die Situation unterscheidet sich dabei in zwei Punkten von anderen Branchen; zum einen versuchen die kleinen Betriebe die Umsatzvorteile der großen Betriebe einzuholen, zum anderen ist die Konkurrenz im Bereich der kleinen Unternehmen relativ ausgeprägt. Gegenüber sind die Unternehmen, die in Arbeitsgemeinschaften ihre Bauprojekte ausführen. Dies ist de facto eine Zentralisierung des Kapitals, die aber die relative Eigenständigkeit der Unternehmen garantiert.

Aus dieser Situation wird der Preismechanismus im Baugewerbe deutlich:

- Die Großen sind aufgrund ihrer hohen Ausstattung mit Baugeräten in der Lage, ihre Bautätigkeit vor allem auf Großprojekte zu konzentrieren. Durch ihre relative Monopolstellung dort können hohe Preise erzielt werden. Hierin ist auch die Möglichkeit der „Kostenüberwälzung“ eingeschlossen, d.h., die Versteuerung nach Auftragsannahme während der Bauzeit.
- Die übrigen Betriebe sind durch die Konkurrenzsituation zur weiteren Erhöhung der maschinellen Ausrüstung gezwungen, um eine ähnliche Produktivität zu erzielen. Allerdings führt dies nicht zu einer Preissenkung oder auch nur zu Preisstabilität. Vielmehr wird der Konkurrenzkampf über Kostenvorteile geführt, die überhöhte Preise keineswegs ausschließen.

Der Geschädigte ist in jedem Fall der Verbraucher: sei es als Steuerzahler, dessen Gelder für preisüberhöhte Bauten ausgegeben werden, oder sei es als Konsument, der entweder eine teure Mietwohnung oder eine mindestens ebenso teure Eigentumswohnung bezahlen muß.

1.5 Investitionen

Die Investitionsentwicklung steht gegenwärtig im Mittelpunkt der Konjunkturprognosen. Die amtlichen Hoffnungen, daß die beginnende Krise weniger tief sein wird als die von 1974/75, stützen sich vor allem auf die Hoffnung, daß die Investitionstätigkeit keinen tiefen Einbruch erleiden wird.

Nach der Investitionsflaute 1972 bis 1977 war es 1978 zu einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit gekommen.

Investitionen der Gesamtwirtschaft¹

	1970	1978	1979	1980 ²	1981 ²
Ausrüstungen	+ 17,7	+ 8,2	+ 10,0	+ 6,5	- 2
Bauten	+ 6,7	+ 4,9	+ 7,4	+ 5,5	- 2,5
Insgesamt	+ 10,8	+ 6,3	+ 8,5	+ 5,9	- 2,3
Investitionsquote ³	25,6	22,8	23,7	-	-

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des Ifo-Instituts
³ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1970
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/80; Wirtschaft und Statistik, IId.)

Für 1980 und insbesondere 1981 wird also eine Verlangsamung bzw. ein leichter Rückgang der Investitionstätigkeit erwartet, jedoch kein Einbruch.

Diese Erwartung wird einmal mit der verhaltenen Investitionstätigkeit seit 1976, also in der Aufschwungsphase des Zyklus, begründet. Es sei kein „Investitionsboom“ erfolgt, der Aufbau von Überkapazitäten hätte sich in Grenzen gehalten.

Dem ist entgegenzuhalten, daß der Auslastungsgrad der Kapazitäten über den gesamten Zyklus hinweg weit niedriger gelegen hat als in den vorangegangenen Aufschwungsperioden. So erreichte der Auslastungsgrad 1973, im Aufschwungsjahr vor der letzten Krise, immerhin noch 87,1 Prozent. 1979 waren es nur noch 84,7 Prozent. Inzwischen ist die industrielle Kapazitätenauslastung kräftig auf 83,2 Prozent zurückgefallen.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juli	September	Dezember
1979	83,5	84,9	84,5	85,9
1980	85,9	83,2		

¹ Auslastung in % der betrieblichen Vollausschüttung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, IId.)

Stand und Entwicklung der Kapazitätsauslastung sprechen also eher für einen Investitionsrückgang.

Auf der anderen Seite ist allerdings darauf zu verweisen, daß die zyklischen Einbrüche der Investitionstätigkeit früher vor allem die Kapazitätserweiterungsinvestitionen erfaßt hatten. Diese sind aber im letzten Zyklus nur wenig angestiegen, noch 1979 dienten nur 31 Prozent der industriellen Investitionen der Kapazitätserweiterung. Das Hauptgewicht hatten mit 41 Prozent nach wie vor die Rationalisierungsinvestitionen, die weniger von Konjunkturschwankungen abhängig sind. Die offiziellen und offiziellen Prognosen gehen daher davon aus, daß der konjunkturelle Abschwung die Rationalisierungsinvestitionen weitgehend unberührt lassen wird, daß im Gegenteil die „autonomen“, der Umstrukturierung des Produktionsapparates dienenden Unternehmensinvestitionen in der Tendenz ihr Gewicht verstärken werden. Ob dies allerdings ausreichen wird, einen kräftigen Konjunkturreinbruch zu verhindern, muß bezweifelt werden.

Selbst wenn es nur zu einer vergleichsweise leichten Abschwächung der Investitionstätigkeit kommt, sind doch die Voraussetzungen für den privaten Verbrauch wesentlich ungünstiger als vor der Krise 1973/74. Es ist daran zu erinnern, daß die Reallohne und der private Verbrauch 1973/74, vor dem vollen Ausbruch der Krise, noch deutlich angestiegen waren, daß die staatliche Haushaltspolitik der Krise durch zusätzliche Staatsausgaben noch in einem gewissen Rahmen entgegengearbeitet hatte.

Dieses Mal ist der private Verbrauch schon im zweiten Halbjahr 1979 bzw. im ersten Halbjahr 1980 nur noch sehr langsam gestiegen, die Reallohne haben sich im gleichen Zeitraum nicht mehr erhöht. Auch ist die staatliche Ausgabenpolitik bis jetzt eher prozyklisch ausgerichtet. Die Schwachfaktoren auf der Seite des privaten und öffentlichen Verbrauchs sind also gegenwärtig weit ausgeprägter als zum Beginn der Krise 1974/75. Der private Verbrauch – das sollte nicht vergessen werden – hat ein gesamtwirtschaftliches Gewicht, das nahezu dreimal so groß ist wie das der Investitionen. Das heißt, ein Rückgang des privaten Verbrauchs um nur ein Prozent wirkt sich auf die Gesamtnachfrage ebenso stark aus wie ein Rückgang der Investitionen um drei Prozent. Die relative Stabilität der Investitionen ist also allein kein Garant gegen einen tiefen Konjunkturreinbruch.

1.6 Außenhandel

Die Bundesrepublik ist das einzige große kapitalistische Land, das noch immer einen Überschuß im Außenhandel erzielt, d. h. mehr exportiert als importiert. Im Zuge der Verteuerung der Rohstoffe hat sich der positive Außenhandelsaldo zwar auch hier kräftig vermindert, ist allerdings nicht ins Minus geraten wie bei den übrigen Ländern. Selbst das vielkritisierte Japan hat inzwischen ein Defizit zu verzeichnen.

Außenhandel der BRD

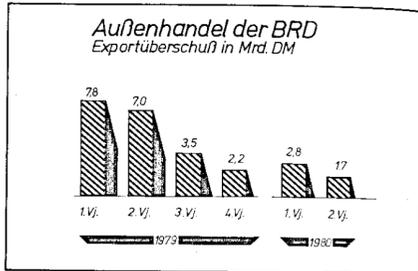
	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 79	74,4	+10,5	66,5	+13,5	+ 7,8	-10,3
2. Vj. 79	78,6	+ 9,2	71,6	+15,8	+ 7,0	-31,4
3. Vj. 79	76,4	+12,0	72,9	+24,4	+ 3,5	-63,2
4. Vj. 79	85,2	+10,5	83,0	+27,9	+ 2,2	-82,0
1. Vj. 80	86,9	+19,5	86,1	+29,5	+ 2,8	-64,1
2. Vj. 80	87,5	+11,3	85,8	+19,8	+ 1,7	-75,7

¹ In % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IfD)

Die immer noch günstige Exportposition der BRD drückt sich auch in der Tatsache aus, daß im ersten Halbjahr 1980 der Export real um 8 Prozent gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit angestiegen ist, stärker als der Import, der sich nur um 6 Prozent erhöht hat. Hat der Außenhandel damit bisher eindeutig zur Stabilisierung der Konjunktur beigetragen, so zeichnet sich inzwischen aber eine deutliche Verlangsamung des Expansionsstempes ab. Im zweiten Halbjahr 1980, so nimmt das Ifo-Institut an, wird der Export bestenfalls stagnieren, vielleicht sogar rückläufig sein.

Dies hängt vor allem mit der fortschreitenden Krisenentwicklung in den kapitalistischen Partnerländern zusammen. Bei rückläufiger Konjunktur

und defizitärer Außenhandelsbilanz bieten diese Länder keine zusätzlichen Absatzmöglichkeiten mehr für westdeutsche Exporte. Doch



ungünstiger ist die Situation in den meisten Entwicklungsländern. Deren Verschuldung erhöhte sich nach einer Untersuchung der OECD zwischen 1971 und 1980 von 87 auf etwa 450 Milliarden Dollar. Die Schuldentlast ist aber noch weit drückender geworden, weil der Anteil der Schulden gegenüber privaten Kreditgebern mit ungünstigen Konditionen sich ebenfalls erhöht hat. Mußten die Entwicklungsländer 1971 an Zinsen und Tilgung 10,9 Mrd. Dollar leisten, so werden es 1980 etwa 88 Milliarden Dollar sein. Hier zeigt sich ein Kreislauf, der viele Entwicklungsländer immer tiefer in die Abhängigkeit führt. Die öffentliche Entwicklungshilfe, die meist noch zu vergleichsweise günstigen Konditionen gewährt wird, wird in steigendem Ausmaß benötigt, um die Schuldendienstleistungen für private Kreditgeber bestreiten zu können. In der Konsequenz stellt die öffentliche Entwicklungshilfe immer mehr eine Umverteilung zugunsten der großen Banken der kapitalistischen Länder dar. Als Nebenergebnis wird auch die Kaufkraft der Entwicklungsländer auf den Weltmärkten beeinträchtigt.

Allein die OPEC-Staaten dehnen ihre Importe aus und stellen noch einen wachsenden Absatzmarkt auch für westdeutsche Exporte dar.

Auch die sozialistischen Länder mit ihrer vergleichsweise kontinuierlichen Wirtschaftsentwicklung bieten sich als in der Tendenz wachsender Absatzmarkt für BRD-Exporte an. Allerdings stellen hier die von den USA ausgehenden Boykottaktionen einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor dar.

Wachsende Aufmerksamkeit verdient gegenwärtig wieder die Diskussion über den Handelsprotektionismus. Die sich verengenden Absatzmöglichkeiten stellen für viele kapitalistische Länder einen Anreiz dar, die Importe zu beschränken, um die „nationale“ Industrie zu schützen. Vor allem in den USA haben sich solche Maßnahmen verstärkt. Dabei bedienen sich die Behörden nicht nur der traditionellen Zollpolitik, an Bedeutung gewinnen „nicht-tarifäre“ Handelshemmnisse, d. h. Importbeschränkungen, die oft als solche nicht direkt erkennbar sind. Sie verstecken sich oft hinter Sicherheits- oder Gesundheitsbestimmungen.

In den USA gibt es Importbeschränkungen für Stahl und Textilien, für Schuhe, Zucker, Radios, Fernsehgeräte. Dabei richten sich solche Maßnahmen gegen angebliche „Billigimporte“ vorwiegend gegen Entwicklungsländer. Sie sind allerdings keine amerikanische Erscheinung: Es existiert z. B. ein Welt-Textilabkommen, das die Importe von Textilien einer starken Beschränkung unterwirft.

Trotz der krisenbedingt wachsenden Diskussion über Importbeschränkungen ist aber nicht mit einer Entwicklung zu rechnen, die den kapitalistischen Weltmarkt – ähnlich wie nach 1929 – im Zuge gegenseitig sich aufschaukelnder Handelshemmnisse einschneidend verringert. Dies kann nicht im Interesse der Konzerne liegen, die über international organisierte Produktionszusammenhänge verfügen und für die eine Abschneidung des internationalen Warenflusses mit einer Beeinträchtigung der Produktion verbunden wäre.

Es ist allerdings zu befürchten, daß im Zuge von Beschränkungen gegen „Billigimporte“ der Handel insbesondere mit den Entwicklungsländern ernsthaft gehemmt wird.

2 Unternehmensgewinne und Konzentration

Eine konjunkturelle Abschwächung pflegt sich in der Regel schon sehr frühzeitig bei den Unternehmensgewinnen auszuwirken. Sinkende Absatzfiguren, steigende Läger und anziehende Zinsen führen zunächst zu einem Druck auf die Gewinne, erst mit einer gewissen Zeitverzögerung profitieren die Konzerne auch von der Krise, sie nehmen Entlastungen vor, rationalisieren und senken die Kosten.

Es wäre also zu erwarten gewesen, daß es nun in der Bundesrepublik zu einem gewissen Gewinnrückgang kommt.

Doch davon kann gegenwärtig keine Rede sein. Zwar hat sich der seit 1976 anhaltende Gewinnanstieg verlangsamt, die Gewinnssituation aber ist noch immer gut und verbessert sich nach den vorliegenden Zielfern sogar noch.

Unternehmensgewinne¹

	1978	1979	1. Hj. 1980 ²
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,4	+ 9,3	+ 2,5
	+12,1	+10,8	+ 4,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des Ifo-Instituts

Die Schätzung des Ifo-Instituts für 1980 muß dabei für sehr „pessimistisch“ gehalten werden. Denn die Gewinnschätzungen für die großen Konzerne, die in regelmäßigen Abständen von einigen Banken durchgeführt werden, wurden in den letzten Monaten eher nach oben korrigiert.

Gewinnschätzungen für 1980

	Gewinn je Aktie in DM ¹	
	1979	1980
BMW	28	27
VW	58	53
Daimler	50	53
BASF	24,50	22
Bayer	17,50	16,50
Hoechst	22,50	21
Mannesmann	14,50	16
Thyssen	8,50	6
Gutehoffnungshütte	15	16,50
KHD	16	17
MAN	12,50	13,50

¹ Je 50-DM-Aktie (Quelle: Bankhaus Delbrück & Co. It. Handelsblatt v. 29. 7. 80)

Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Insolvenzen, der Unternehmenszusammenbrüche, nach einem leichten Rückgang 1978/79 nun wieder zu. Im ersten Halbjahr 1980 wurden 4440 Fälle registriert, 6,2 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Im Juni lag die Zahl schon um 13 Prozent über dem Stand des Vorjahresmonats.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die großen Konzerne selbst in einem Anfangsjahr einer Wirtschaftskrise kaum Gewinneinbußen, z. T. sogar noch Gewinnvergrößerungen zu verzeichnen haben. Dies muß vor dem Hintergrund des langanhaltenden, kräftigen Gewinnbooms der letzten Jahre gesehen werden. Ein Blick auf die Abschlüsse der Unternehmen für 1979 unterstreicht dies.

Gewinne der 10 größten Konzerne¹

	Gewinn in Mill. DM ²		Veränderung in %
	1978	1979	
Veba	982	1 643	+ 67,4
VW	2 198	2 671	+ 21,5
Daimler	2 693	3 016	+ 12,0
Siemens	1 646	1 534	- 6,8
BASF	1 148	1 703	+ 48,3
Hoechst	1 252	1 759	+ 40,5
Bayer	1 242	1 338	+ 7,7
Thyssen	465	519	+ 11,5
Ruhrkohle	200	315	+ 57,6
RWE	1 202	1 574	+ 31,0
Zusammen	13 028	16 072	+ 23,4

¹ Größe gemessen am Umsatz
² Ausgewiesener Jahresüberschuß vor Steuern (Quelle: Wirtschaftswoche Nr. 30/80, S. 72ff.)

Auffallend sind die Steigerungsraten der deutschen „Töchter“ der internationalen Ölkonzerne.

Gewinne der Ölkonzerne¹

	Gewinn in Mill. DM		Veränderung in %
	1978	1979	
Veba-Öl	Verlust	460	-
Deutsche BP	38	394	+942,1
Esso	509	1 024	+101,2
Deutsche Shell	521	542	+ 4,0
Mobil Oil	332	664	+100,2
Deutsche Texaco	362	718	+ 98,5

¹ Jahresüberschuß vor Steuern (Quelle: ebd.)

Bemerkenswert ist hier, wie groß die Unterschiede sowohl in der absoluten Höhe als auch in der Entwicklung der Gewinne sind, obwohl diese Konzerne (zumindest die ersten vier) nach ihren Umsätzen dicht beieinander liegen. Auch dürften die Einkaufspreise für Rohöl nur wenig differieren, da für Rohöl ein einheitlicher Weltmarkt existiert. Dies zeigt deutlich, daß die von den deutschen „Töchtern“ ausgewiesenen Gewinne wesentlich Ergebnis von Manipulationen im Rahmen der internationalen Ölkonzerne sind.

In welchem Maße sich diese an der „Ölkrise“ bereichert haben, zeigt auch ein Blick auf die US-amerikanischen Gewinnstatistiken. Obwohl die USA mitten in einer tiefen Rezession stecken, konnten die Ölkonzerne ihre Gewinne weiter steigern.

Gewinne im zweiten Quartal 1980 in den USA¹

	2. Quartal 1979		2. Quartal 1980		Veränderung in %
	in Mill. US-Dollar	in Mrd. DM	in Mill. US-Dollar	in Mrd. DM	
Gesamte Industrie	17 791	15 705			- 12
darunter:					
20 Ölkonzerne	4 699	6 298			+ 34
Industrie ohne Erdölkonzerne	13 092	9 407			- 28

¹ In Mill. US-Dollar (Quelle: Wall Street Journal, It. Handelsblatt v. 4. 8. 80)

Die 20 US-Ölkonzerne vereinigen auf sich gut 40 Prozent der Gewinne, die die gesamte US-Industrie (die 521 größten Unternehmen) erzielt. Hier vollzieht sich eine gewaltige Umverteilung von Profiten, die die Kräfteverhältnisse innerhalb der Wirtschaft nicht unberührt lassen dürfte.

Dies konnte in der letzten Zeit deutlich registriert werden, wobei der Ankauf des britisch-südafrikanischen Bergbau-Konzerns Selection Trust durch den britischen Ölmulti BP für 400 Millionen britische Pfund (= 1,8 Milliarden DM) nur ein besonders spektakulärer Vorgang ist.

Die Ölkonzerne nutzen ihre gewaltig gewachsene Finanzkraft nicht etwa nur zu kostspieligen Erschließungsinvestitionen im Erdölbereich, wie die Propaganda von Konzernen und offiziellen Stellen glaubhaft machen will. Der größte Teil der Mittel wird für den Aufkauf von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen in der gesamten Wirtschaft verwendet.

Neben Aufkäufen im Bereich der Energiewirtschaft (Kohle, Gas, Kohleveredlung, Kernenergie, Solarforschung), im Bereich von Raffinerien und Petrochemie, im Transport- und Verteilungsnetz stehen Erwerbungen, die mit Energie nichts zu tun haben. Dabei dringen die Ölkonzerne weltweit in den gesamten Bereich der Rohstoffproduktion ein. Aber auch andere aussichtsreiche Geschäftszweige finden ihr Interesse. Die deutsche BP ist inzwischen sowohl im Bereich der Kunststoffverarbeitung als auch bei der Datenverarbeitung tätig. Exxon, die Muttergesellschaft von Esso, engagiert sich im Bereich Textverarbeitung.

Selbst die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kann ihr Unbehagen angesichts dieser wettbewerbsbeschränkenden Strategien der Ölkonzerne nicht verbergen. Mahnend leitartikel sie: „Die Verantwortlichen in den Konzernzentralen der Ölgesellschaften in London, New York oder Den Haag sollten sich fragen, ob das, was sie als – ihre eigene – Zukunftssicherung durch Verbreitern der Betätigungsbasis ausgeben, nicht langfristig eher dazu beitragen wird, die Front gegen den übermächtigen Einfluß der „Multis“ zu stärken.“ (FAZ v. 24. 7. 1980)

Die „FAZ“ formuliert hier ein Dilemma des Kapitalismus in seiner monopolistischen Phase: Einerseits muß sie begrüßen, daß die großen finanzkräftigen Konzerne sich der Bereiche „annehmen“, die technologisch zukunftsträchtig sind. Wer die Privatwirtschaft als heilige Kuh betrachtet, der muß die Existenz von gewaltigen, große Kapitalmassen vereinigenden Monopolen bejahen – wer sonst sollte ökonomisch in der Lage sein, den technologischen Herausforderungen zu entsprechen. Daß die Ausbreitung der Monopole gleichzeitig den Tod der heiligen Kuh, „freie Konkurrenz“ bedeutet, das stört weniger – das Privateigentum steht allemal höher als der Wettbewerb. Das Problem stellt sich für die „FAZ“ vor allem auf der ideologischen Ebene: Die Machtsteigerung der „Multis“, so wird befürchtet, könnte eines Tages alle diejenigen, denen diese Konzerne einen monopolistischen Tribut auferlegen, dazu veranlassen, den Sinn der Monopolwirtschaft schlechthin in Frage zu stellen. Denn wer monopolistischen Machtmißbrauch nach dem Muster der Ölkonzerne verhindern will, der muß diese Bereiche der gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen – und das ist erfahrungsgemäß nur durch Beseitigung des privaten Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln wirksam zu gewährleisten.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der tariflichen Arbeitseinkommen hat sich 1980 gegenüber dem Vorjahr beschleunigt.

Tariflöhne und -gehälter¹

1979		1980	
1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
+4,9	+4,8	+4,7	+6,7

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Dies hat aber nicht ausgereicht, um die Auswirkungen der steil angestiegenen Steuerprogression und der beschleunigten Inflation auszugleichen.

Trotz der Vergrößerung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Bauwirtschaft sind die realen Arbeitsverdienste je Beschäftigten im ersten Halbjahr 1980 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum im Durchschnitt leicht zurückgegangen. Dies war bisher in der Geschichte der Bundesrepublik nur einmal, 1976, der Fall gewesen.

Der von den Unternehmern und der Bundesregierung oft gelegnete Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung, privatem Verbrauch und Konjunktur liegt also auf der Hand. Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze ist ein deutliches Indiz.

Löhne und Gehälter

	1978	1979 1. Hj.	2. Hj.	1980 ¹ 1. Hj.
Bruttolohn- und -gehaltssumme Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,4	+7,4	+7,3	+8
Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+5,2	+5,6	+5,5	+6,5
Lebenshaltung	+2,7	+3,3	+5,1	+5,7
Reallöhne und -gehälter	+3,6	+2,5	+0,7	-1,2

¹ Schätzung des Ifo-Instituts (Quelle: WSI-Mitteilungen, 6/80; Wirtschaftskonjunktur, 7/80; eigene Berechnungen)

Einzelhandelsumsätze¹

	1978	1. Hj. 1979	2. Hj.	1. Hj. 1980
	+2,8	+4,3	+1,2	-0,5

¹ Real-Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Seit März 1980 liegen die realen Umsätze deutlich unter dem Vorjahresstand, wobei der Einbruch im Juni mit 9 Prozent besonders auffällig ist. Allerdings dürften hier ebenfalls Sondereinflüsse eine Rolle spielen. Es kann aber kaum bezweifelt werden, daß höhere Tarifabschlüsse sowohl 1979 als auch 1980 den Einbruch im privaten Verbrauch zumindest verlangsamt und damit den rezessiven Tendenzen entgegen gewirkt hätten. Dies hätte sich auch auf die Investitionstätigkeit eher positiv ausgewirkt, da die Auslastung der Kapazitäten gestützt worden wäre, während der Gewinnspielraum immer noch groß genug gewesen wäre. Die ungünstigen Tarifabschlüsse und die unzureichende Anhebung der Sozialrenten in den letzten beiden Jahren müssen also eindeutig als krisenförderndes Moment gewichtet werden.

3.2 Steuern

Die Lohnsteuern sind 1980 wieder ruckartig angestiegen, doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter und ebenfalls doppelt so schnell wie die Steuereinnahmen insgesamt.

Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 1980¹

	In Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Insgesamt	154,9	+ 8,0
darunter:		
Lohnsteuer	48,6	+15,3
Umsatzsteuer	46,2	+16,1
Veranlagte Einkommensteuer	17,9	- 4,1
Körperschaftsteuer	11,1	+ 0,1
Gewerbesteuer	1,6	-36,1

¹ Nur Bund und Länder (Quelle: Bulletin der Bundesregierung Nr. 90/80)

Deutlich zeigt sich der umverteilende Effekt der jüngsten Steuermaßnahmen: die Massensteuern auf Löhne, Gehälter und Konsum sind angestiegen, die Steuern auf Gewinne, Selbständigeneinkommen und Spitzenverdienste dagegen wurden gesenkt.

Das für 1981 und 1982 geplante neue „Steuerpaket“, auf das sich Bundesregierung und CDU/CSU jetzt geeinigt haben, wird an dieser Entwicklung nicht viel ändern. Es wird wie die „Pakete“ der vergangenen Jahre den weiteren Anstieg der Progression nur zeitweilig stoppen. Zu einer echten Entlastung der Löhne und Gehälter aber wird es nicht kommen.

Neben der zeitweiligen Milderung im Progressionsbereich der Lohn- und Einkommensteuer beinhaltet das „Steuerpaket“ als positives Moment eine Erhöhung des Kindergelds und des Wohngelds. Dies

wird sich nachfragestabilisierend auswirken. Anzumerken ist allerdings, daß diese Maßnahmen kaum mehr sind als eine Anpassung an die steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten. Die Unternehmer, die in den letzten Jahren steuerlich massiv entlastet worden sind, beklagen sich lauthals, daß sie nun gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfänger vernachlässigt würden. Dies ist absolut unzutreffend. Nicht nur daß sie in höherem Maße von der Progressionsmilderung bei der Einkommenssteuer profitieren: ein Lediger wird in den beiden Jahren 1981/82 relativ (gegenüber der jetzigen Regelung) entlastet bei einem Jahreseinkommen von

- 28000 DM um 478 DM
- 36000 DM um 716 DM
- 46000 DM um 1076 DM
- 150000 DM um 1217 DM

Der Spitzenverdiener profitiert also in absoluten Beträgen doppelt so stark wie der „Normalverdiener“.

Außerdem wird am 1. Januar 1981 der Freibetrag bei der Gewerbesteuer auf 120000 DM verdoppelt, so daß dann nur noch ein Drittel der Gewerbetreibenden überhaupt Gewerbesteuer zu zahlen hat. Schließlich enthält das „Steuerpaket“ auch eine Veränderung der steuerlichen Regelung der Pensionsrückstellungen der Unternehmen, die diese ebenfalls entlastet.

Die geringfügige relative Entlastung bei der Lohnsteuer in den beiden kommenden Jahren dürfte aber durch Beitragserhöhungen bei der Renten- und Krankenversicherung weitgehend ausgeglichen werden. Der Beitragssatz der Rentenversicherung soll 1981 von 18 auf 18,5 Prozent erhöht werden und viele Krankenkassen planen ebenfalls Beitragssatzsteigerungen.

3.3 Preise

Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Monaten nicht mehr weiter beschleunigt. Die Preissteigerungsrate der Lebenshaltung ist im Juli sogar deutlich gesunken. Dies hatte allerdings vor allem statistisch-technische Ursachen: Im Juli 1979 waren die Preise infolge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von einem Monat zum anderen sprunghaft angestiegen. Da dieser Preissprung sich dieses Jahr nicht wiederholt, ist die Jahresvergleichsrate von Juni auf Juli zurückgegangen.

Lebenshaltungsindex 1980¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahresmonat
Januar	+0,5	+5,0
Februar	+1,1	+5,6
März	+0,6	+5,8
April	+0,6	+5,8
Mai	+0,4	+6,0
Juni	+0,5	+6,0
Juli	+0,2	+5,5

¹ Alle Haushalte (Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

Allerdings deuten auch andere Preisindizes darauf hin, daß es zumindest zu keiner weiteren Beschleunigung der Inflationsraten kommen wird, wenn auch mit einer wesentlichen Preisberuhigung vorerst noch nicht zu rechnen ist.

Ausgewählte Preisindizes

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+1,5	+7,9	-0,3	+5,2	+5,9	+24,3	+1,9	+11,0
Februar	+0,8	+8,0	-0,1	+4,3	+1,5	+26,6	+1,2	+11,0
März	+0,7	+7,8	-0,1	+3,5	+1,1	+24,1	+0,5	+9,3
April	+0,9	+8,2	-1,9	+1,7	+1,0	+22,1	+0,3	+8,8
Mai	+0,5	+8,2	-0,4	+2,4	-1,5	+18,2	+0,8	+9,0
Juni	0,0	+7,6	-0,4	+1,7	+0,3	+15,6	+0,2	+8,1
Juli							+0,4	+7,8

(1) in Prozent gegenüber dem Vormonat
(2) in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Eine große Rolle spielt dabei die Verlangsamung im Anstieg der Einfuhrpreise. Dies hängt vor allem mit Preisrückgängen auf den internationalen Rohstoffmärkten zusammen. Sogar die Rohölpreise waren in den letzten Wochen vereinzelt gesenkt worden.

Rohstoffpreise 1980

	HWWA-Index ¹		VWD-Index ²	
	Index	% ³	Index	% ³
Januar	491	+44,8	164	+27,1
Februar	513	+50,0	172	+25,5
März	509	+45,0	166	+15,3
April	508	+39,9	163	+9,4
Mai	529	+44,1	155	+2,0
Juni	536	+39,9	155	-2,5

¹ 1952=1956 = 100, auf Dollarbasis
² 1972 = 100, auf DM-Basis
³ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 12. 10. 79 u. v. 8. 7. 80)

Die Unterschiede im Anstiegstempo der beiden Rohstoffpreisindizes hängen auch mit der unterschiedlichen Konstruktion dieser Kennziffern zusammen, hauptsächlich aber sind sie durch die Veränderung des Wechselkurses der DM gegenüber dem Dollar verursacht. Im Juni waren die Rohstoffe für den DM-Einkäufer sogar wieder etwas billiger als im Vorjahr – eine Folge des Kursverfalls des Dollar.

3.4 Tarifaktionen

Der Schwerpunkt der letzten Phase der Tarifrunde 1980 lag in den Bezirken der chemischen Industrie im Mai und Juni. Neben Lohnforderungen zwischen 8,2 bis 11,2 Prozent hatte die IG Chemie ein besonderes Gewicht auf die Forderungsstruktur gelegt, die ein weiteres Auseinanderklaffen der Löhne und Gehälter bei vergleichbaren Tätigkeiten im gewerblichen und im Angestelltenbereich verhindern sollte.

Gegen diese strukturverbessernden Forderungen starteten die Unternehmer eine Kampagne, in der sie die Tarifpolitik der IG Chemie als Nivellierungspolitik diffamierten und die Angestellten gegen die Arbeiter ausspielen wollten. Erst nachdem die Verhandlungen bereits gescheitert und die Schlichtungsverhandlungen für den Bezirk Nordrhein für den 6./7. Juni eingeleitet waren, kam es zu einer Einigung: Danach wurden die Löhne und Gehälter um 7 bis 7,1 Prozent erhöht.

Damit liegt das Chemie-Ergebnis zwar etwas günstiger als in anderen Bereichen, aber die Gewerkschaft konnte sich mit ihren Strukturforderungen nicht durchsetzen.

Im Groß- und Einzelhandel wurden Abschlüsse zwischen 6,8 und 6,9 Prozent im Durchschnitt erreicht. Über differenzierte Geldbeträge und Mindestbeträge wurden fast in allen Tarifbereichen Strukturverbesserungen erreicht. Im Einzelhandel wurde ein bundesweites Rahmenabkommen über die stufenweise Erhöhung der Sparförderung und des zusätzlichen Urlaubsgeldes sowie die Tarifierung einer Sonderzahlung abgeschlossen. In einigen Bereichen konnte auch der Jahresurlaub verbessert werden.

In der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden zum 1. Mai überwiegend Lohn- und Gehaltserhöhungen um 6,6 Prozent ausgehandelt. Für Zeilöhner wurden zusätzliche Verbesserungen erreicht. Außerdem wurden in einigen Bereichen Sonderzahlungen und das zusätzliche Urlaubsgeld erhöht.

Nach Berechnungen des WSI (WSI-Mitteilungen 9/80) wurden bis zur Jahresmitte für etwa 15,5 Millionen Beschäftigte die Löhne und Gehälter um 6,8 Prozent erhöht. In den größeren Tarifbezirken schwankten dabei die Erhöhungssätze zwischen 6,3 und 7,1 Prozent. Das sind gegenüber dem Vorjahr nominal 2 Prozent mehr. Aufgrund der erheblich höheren Preissteigerungen und der Steuerprogression in diesem Jahr ist die Entwicklung des Reallohnes jedoch negativer als im Vorjahr (vgl. Abschnitt 3.1). Allerdings war es den Gewerkschaften in der Tarifrunde 1978/79 zumindest im mantellariflichen Bereich möglich gewesen, einige Erfolge zu erzielen.

Dies in diesem Jahr in fast allen Forderungspaketen enthaltene stärkere Anhebung der unteren Einkommenssätze konnte nur in wenigen Be-

reichen auch tatsächlich durchgesetzt werden. Zumeist wurden Einmalzahlungen erreicht und die nachhaltigen Strukturverbesserungen vertragen.

Mitt man die Ergebnisse dieser Tarifrunde an den Zielsetzungen der meisten Gewerkschaften – Ausgleich für die Preissteigerungen, Anteil an der steigenden Produktivität, eine Umverteilung der Einkommen sowie eine soziale Komponente – so ist festzustellen, daß diese Ziele nicht unerheblich verfehlt wurden. Die Kampfkraft der organisierten Arbeiter und Angestellten wurde nur sehr vereinzelt eingesetzt, um eine Verbesserung der Ergebnisse zu erzielen.

Zu einer erheblichen Mobilisierung der Beschäftigten und zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen kam es in den Sommermonaten in der Stahlindustrie gegen die Versuche des Mannesmann-Konzerns, die Montan-Mitbestimmung zu liquidieren. Der Mannesmann-Konzern beabsichtigt, die stahlproduzierenden Hüttenwerke betriebsorganisatorisch in den Gesamtkonzern, die Mannesmann-Röhrenwerke, zu integrieren. Damit wäre für die Hüttenwerke nicht mehr die Montan-Mitbestimmung, sondern das wesentlich eingeschränkte Mitbestimmungsgesetz von 1976 gültig. Die Gewerkschaft sieht in dem betriebswirtschaftlich mit Kostensenkungen begründeten Vorstoß der Konzernspitze einen weiteren Versuch, erreichte Mitbestimmungspositionen abzubauen, um die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen im Stahlbereich und im Mannesmann-Konzern reibungsloser zu verwirklichen.

Gegen diesen Angriff auf die Montan-Mitbestimmung fanden im Juli und August zahlreiche Betriebsversammlungen, Vertrauensleute- und Betriebsräteberatungen statt. Am 29. und vor allem 30. Juli streikten im gesamten Stahlbereich zwischen 40 000 und 50 000 Beschäftigte. Unter anderem beteiligten sich an den Arbeitsniederlegungen die Belegschaften folgender Betriebe:

Dortmund:	Hoesch-Hüttenwerke	3000
	Thyssen Edelstahl	1000
Remscheid:	Mannesmann	500
Bochum:	Krupp Stahlwerke	3000
	Thyssen Gießerei	300
	Stahlwerke Bochum	1500
Oberhausen:	Thyssen Niederrhein	2000
Witten:	Edelstahlwerke (Thyssen)	1500
Krefeld:	Edelstahlwerke (Thyssen)	1000
Düsseldorf:	Mannesmann	600
	Krupp-Südwestfalen	700
Wickede:	Mannesmann	400
Langenfeld:	Mannesmann	800
Sollingen:	Mannesmann	1000
Peine/Salzgitter/Isede:		3000
Hamborn:	Thyssen Edelstahl	600
Völklingen:	Röchling-Burbach	5000
Burbach:	Röchling	500
Amberg:	Luipoldhütte	gesamte Frührschicht
Dillenburg:	Mannesmann	300
Dillinger Hütte:		1500
Sulzbach/Rosenberg:	Maxhütte	1800

Nach dem vorläufigen Scheitern von Verhandlungen zwischen dem Mannesmann-Vorstand und der IG Metall streikten am 12. August die Frührschicht und die zweite Schicht der Mannesmann-Röhrenwerke in Mülheim/Ruhr. Die IG Metall hat bekräftigt, daß sie eine Liquidierung der Montan-Mitbestimmung unter allen Umständen verhindern wird.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Beschäftigungsanstieg hat sich im Verlauf der ersten Monate des Jahres 1980 zunächst fortgesetzt, wobei die witterungsbedingt günstige Situation in der Bauwirtschaft eine große Rolle gespielt hat.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Produzierendes Gewerbe ²	Bauhauptgewerbe
1973	22 564	8 662	1 550
1976	21 288	7 698	1 222
1980 ³	22 061	7 662	1 252

¹ Abhängig Beschäftigte, in 1000
² Ohne Bau- und Energiewirtschaft
³ März 1980
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IfD.)

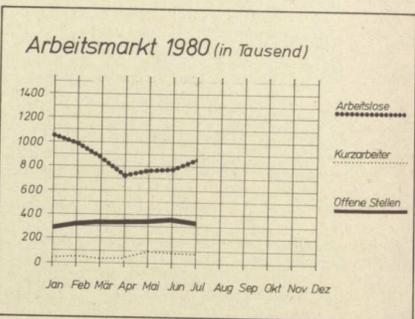
Obwohl die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft im ersten Quartal 1980 um etwa 350 000 über dem Vorjahresstand lag und um 800 000 über dem Beschäftigungstiefpunkt von 1976, liegt sie immer noch um eine halbe Million unter dem Höhepunkt von 1973. Im Produzierenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft konnte der Beschäftigungsabbau seit 1973 auch im Zuge der wirtschaftlichen Belebung auch nicht annähernd wieder wettgemacht werden. Zur Jahresmitte 1980 dürfte der Beschäftigungsanstieg in saisonbereinigter Betrachtung zum Stillstand gekommen sein.

Die Verlangsamung bzw. Stockung des Beschäftigungsanstiegs hat sich sehr rasch auch auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die registrierten Arbeitslosenzahlen gehen rasch in die Höhe.

Arbeitsmarkt 1980

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1037	-135	98	-37	282	+44
Februar	993	-141	102	-65	313	+46
März	876	-82	94	-76	337	+35
April	825	-50	93	-29	346	+33
Mai	767	-8	92	-1	344	+12
Juni	781	+18	86	+21	353	-2
Juli	853	+49	85	+52	335	-11

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IfD.)



Saisonbereinigt liegen die Arbeitslosenzahlen gegenwärtig schon um etwa 80 000 über dem Tiefstand dieses Zyklus zum Jahreswechsel 1979/80. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit schon in der Anfangsphase der Rezession in der Bundesrepublik macht deutlich, daß die Unternehmen dieses Mal beschäftigungspolitisch früher reagieren als in den vorangegangenen Wirtschaftszyklen. Neue Probleme wirft auch die Tatsache auf, daß dies die erste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik ist – sieht man von den unmittelbaren Nachkriegsjahren ab – die von einem hohen „Sockel“ der Arbeitslosigkeit ausgeht. Selbst eine vergleichsweise kurze und milde Rezession wird die Zahlen in bisher nicht erreichte Dimensionen treiben. Schon jetzt ist davon auszugehen, daß in den kommenden Herbst- und Wintermonaten die Millionengrenze wieder deutlich überschritten wird.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main
 Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickhaus, 6000 Frankfurt am Main
 Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt, der Abschnitt 1.4 von P. Herrmann und R. Robra.

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. 8. 1980. Nachdruck nur auszusweisweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Oktober 1980

Einzelpreis 3,- DM

XX. Jahrgang

D 3476 EX

10/80

Aus dem Inhalt:

- Abrüstung und Entspannung gegen die kalten Krieger** durchsetzt Interview mit Reinhard Schwitzer, IGM-Sekretär, und Klaus Busch, DGB-Bildungsreferent 2
- Reallohnsenkung erfordert neue gewerkschaftliche Überlegungen** 4
- Wachsendes Selbstvertrauen der IG-Metall-Mitglieder** 8
- HBV nach ihrem Gewerkschaftstag: stärker, einiger, selbstbewußter** 10
- HBV will Benachteiligung der Verkäuferinnen beseitigen** Interview mit Dieter Steinborn, 2. HBV-Vorsitzender 12
- Beschlüsse der Gewerkschaftstage von HBV, GdED und IG Chemie** 13-20
- Konfliktgeladener Gewerkschaftstag der IG Chemie: Fortsetzung folgt** 21
- Lehrer und Wissenschaftler nicht im Schmolllwinkel** 23
- Vorbereitung der Betriebsratswahl: Was sollte dabei beachtet werden?** 25
- Sozialbericht 1980 – ein Schönwetterbericht** 27
- „Lenins Gewerkschaftskonzept“ wurde in Polen wieder bestätigt** 29
- Angriffe der Thatcher-Regierung im Mittelpunkt des TUC-Kongresses** 30

Obwohl heute in keiner DGB-Gewerkschaft die Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt wird, finden über sie in den Gewerkschaften zum Teil heftige Diskussionen statt. Sie hängen damit zusammen, daß die Unternehmer und ihre Publikationen das Märchen einer angeblichen kommunistischen Unterwanderung auf-tischen. Es stammt aus der Giftkuche des politischen Gegners der Gewerkschaften und wird auch durch ständige Wiederholungen nicht wahrer. Es wird, wie Eugen Loderer sagte, immer dann eingesetzt, wenn konservative und reaktionäre Kräfte eine Politik des gesellschaftlichen Stillstands und der sozialen Demontage auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Die Gewerkschaften sollen gehindert werden, entschlossen die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie sollen sich mit sich selbst und weniger mit den Unternehmern auseinandersetzen. Die Unternehmer schlagen, wie es so schön heißt, den Sack und meinen den Esel. Deshalb ist es für die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes bedeutsam, daß jetzt auf den Gewerkschaftstagen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und der IG Metall eindeutige Aussagen zur Einheitsgewerkschaft gemacht wurden.

Die HBV betont, daß die Einheitsgewerkschaft die entscheidende Lehre aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und dem gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist. Wenn aber die heutige Einheitsgewerkschaft das Ergebnis eines langwierigen und qualvollen Lernprozesses ist, wenn folglich alle in ihr wirkenden Strömungen oder Richtungen gelernt haben, dann wäre nichts falscher, wenn einige für sich daraus ableiten würden, sie allein hätten etwas gelernt. Niemals darf vergessen werden, daß die Mitglieder verschiedene politische, weltanschauliche und religiöse Auffassungen haben. Sonst wäre eine Einheitsgewerkschaft gar nicht notwendig. Sie sind sich aber einig, daß ihre gewerkschaftlichen Interessen nur in der Einheitsgewerkschaft verwirklicht werden können. Diese notwendige Geschlossenheit setzt voraus, daß jeder in dieser Gewerkschaft sich der gemeinsamen Willensbildung unterordnet, daß die Meinungsbildung in einer Atmosphäre der Toleranz erfolgt, der gegenseitigen Achtung und mit dem Willen zur Einigung. Daraus ergibt sich, daß notwendige Diskussionen, auch wenn die Auffassungen noch so hart aufeinanderprallen, sachlich und fair geführt werden müssen.

Diese Einheitsgewerkschaft kann nur dann von Dauer sein, wenn sie unabhängig von Regierungen, Parteien und Kirchen ist, daß sie weder Koalitionspartner einer Regierung, weder Ersatzpartei noch der verlängerte Arm oder der Transmissionsriemen einer Partei ist. In dieser Gewerkschaft kann jeder Mitglied sein – ohne Rücksicht auf Beruf, Geschlecht, auf politische oder religiöse Überzeugung –, der die Satzung achtet, die Ziele der Gewerkschaft vertritt und zu solidarischen Handeln bereit ist. So beschloß es die IG Metall auf ihrem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag. Diesem Geist widerspricht es aber, wenn es heute in einigen Gewerkschaften Bestrebungen gibt, Mitglieder zweierlei Rechts zu schaffen, und beispielsweise DKP-Mitgliedern verwehrt werden soll, Funktionen auszuüben.